Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 36 (2017)
Heft: 70

Artikel: Gender-Mainstreaming "smart" : Vereinnahmung der Frauen im Krieg gegen den Terrorismus

Autor: Sancar, Annemarie

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781003

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Annemarie Sancar

Gender-Mainstreaming «smart»

Vereinnahmung der Frauen im Krieg gegen den Terrorismus

In Konfliktsituationen sind Frauen verstärkter Gewalt ausgesetzt. Auch die Schweiz setzt sich darum – wo immer möglich – für deren Sicherheit und Rechte ein. So sagte dies der damalige Bundesrat Didier Burkhalter 2015 in seiner Rede anlässlich des 15. Jahrestages der UN-Agenda «Frauen, Frieden, Sicherheit» in Genf.[1] Er betonte, dass es in der zunehmend von terroristischen Angriffen bedrohten Welt nun auch genderspezifische Strategien brauche, um dem gewalttätigen Extremismus vorzubeugen. Burkhalter forderte eine genderbewusste Schweizer Friedens- und Sicherheitspolitik auch in der Bekämpfung und Prävention von Terrorismus, den sogenannten CVE/PVE-Strategien[2].

Der damalige Aussenminister Burkhalter meinte es ernst, als er in Genf vor illustrem Publikum die zentrale Bedeutung der Rolle der Frauen in der Friedensförderung betonte. Aus feministischer Perspektive stellen sich nichtsdestotrotz viele Fragen betreffend die aus den Anstrengungen resultierenden Verschiebungen der Geschlechterverhältnisse.

Frauen, Frieden, Sicherheit und die UN-Resolution 1325

Im Jahr 2000 hat der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1325 die Agenda «Women, Peace, Security» (WPS), auf Deutsch «Frauen, Frieden, Sicherheit», verabschiedet.[3] Die meisten UN-Mitgliedstaaten haben sich seither zur Umsetzung der Resolutionen der WPS-Agenda verpflichtet. Die Resolutionen sollen für die Sicherheit der Frauen, ihren Schutz in gewalttätigen Konflikten und ihre Beteiligung bei friedensfördernden Programmen sorgen (siehe Kasten).

Viele OECD-Länder sprachen Gelder, die mittels eigens dafür entwickelten Nationalen Aktionsplänen (NAP) zur Umsetzung von WPS eingesetzt wurden. Auch viele «Partnerländer» des globalen Südens konnten dank dieser neuen finanziellen und personellen Hilfe eigene Nationale Aktionspläne entwickeln.[4] Zwischen 2005 und 2015 unterstützten die «Geberländer» zahlreiche Projekte zum Schutz der Frauen in Konflikten und zur Prävention von geschlechterspezifischer Gewalt. Im Umfeld dieser Programme bildete sich ein neuer Fachzirkel: VertreterInnen aus dem globalen Norden schwärmten aus, um in kriegsgebeu-

UNSCR-Resolution 1325 und die Agenda «Frauen, Frieden, Sicherheit»

Im Oktober 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 zu «Frauen, Frieden, Sicherheit» (UNSCR 1325). Diese fordert einen geschlechtersensitiven Ansatz in der Friedensförderung, den Schutz von Frauen und Mädchen während und nach Konflikten und Kriegen sowie ihre gleichberechtigte Partizipation in der Konflikttransformation und im Wiederaufbau. Die Entstehung und Verabschiedung der Resolution wird zum einen auf die jahrelange Arbeit und das Lobbying von internationalen Frauenorganisationen zurückgeführt. Zum anderen hatten die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenzen seit 1975, vor allem aber die Pekinger Aktionsplattform und Deklaration von 1995, wegweisende Bedeutung. Zudem wurde geschlechterspezifische Gewalt in Konflikten auch aufgrund der systematischen Vergewaltigungen in den Kriegen in Bosnien-Herzegowina und Ruanda in den 1990er-Jahren zu einem nicht mehr zu ignorierenden Thema im internationalen Völkerrecht.

Die Resolution 1325 ist die erste von bis heute acht Sicherheitsratsresolutionen zum Thema «Frauen, Frieden, Sicherheit». Die Folgeresolutionen nahmen einzelne Themen der Resolution 1325 auf, präzisierten sie oder ergänzten sie betreffend Fragen der Umsetzung. Alle zusammen bilden sie die Agenda «Frauen, Frieden, Sicherheit» der UNO. Auf nationaler Ebene wird die Resolution 1325 meist durch Nationale Aktionspläne umgesetzt, in denen die Staaten eigene Schwerpunkte, Ziele und Indikatoren definieren.

telten Ländern Ratschläge für die Friedensförderung zu erteilen. Frauen des Südens wurden mittels Kursen in die neue Wissensgemeinschaft «Gender und Friedensförderung» eingeführt, mit dem Ziel, sie aktiv teilnehmen zu lassen.

Die Bedeutung der Frauen in Friedensverhandlungen und Prozessen der Konfliktlösung gewann mit der WPS-Agenda weltweit an Anerkennung und Gender-Mainstreaming[5] erwies sich als erfolgsversprechende Methode. Die Beteiligung von Frauen in Friedensverhandlungen stieg, Vergewaltigungen – bspw. durch Sicherheitskräfte – kamen vor Gericht, im Bereich Mediation in der Friedensförderung wurden lokale Frauengruppen für Friedensprojekte unterstützt. Numerisch ist das ein klar bezifferbarer Fortschritt. Doch wie sieht die Realität aus? Die Rollen der Frauen mögen sich diversifiziert haben, Wiedergutmachung und Empowerment finden teilweise statt. Doch immer wieder gelangen auch Gewaltverbrechen aus den Reihen der UN-Friedenskräfte ans Licht. Die gesellschaftliche Reintegration von ehemaligen Soldaten ist unterfinanziert und genderblind, selten werden Projekte finanziert, welche die militarisierte Männlichkeit thematisieren oder Auseinandersetzungen mit der eigenen Identität ermöglichen. So ist es durchaus möglich, dass sich die militarisierte Gewalt nach der offiziellen Beendigung eines Konflikts in den zivilen Alltag einschleicht. Ein Monitoring zur zunehmenden häuslichen Gewalt gibt es. Es wird jedoch selten in obigen Zusammenhang gestellt, sondern als «private Angelegenheit» aus dem Friedensprozess ausgeklammert.[6] Frauen können sich mit Einzelinitiati-

ven und Projekten in die Friedensverhandlungen einbringen, die Partizipation der Frauen an den «offiziellen Tischen» bleibt jedoch sprach- und weltgewandten Frauen vorbehalten, die oft aus Eliten stammen und wie im Fall Syrien bereits im Exil leben. Die Vielfalt der Stimmen von Frauen bleibt aussen vor, ebenso wird kaum über die Folgen der bewaffneten Konflikte im Versorgungsalltag, etwa betreffend Gesundheitseinrichtungen, gesprochen.

Die Befürchtungen, dass der feministische Geist der WPS-Agenda auf die technische und symbolpolitische Dimension reduziert wird, sind eingetroffen. Die Machtfrage wird ausgeklammert. Dies belegt die Global Study der UNO, eine Art weltweite Evaluation der Umsetzung der WPS-Agenda von 2015 mit zahlreichen Beispielen.[7] Kritische Feministinnen haben sich stets gegen diese Entwicklung gewehrt. Ihre Stimme aber wurde bei der Weiterentwicklung der WPS-Agenda nicht beachtet.

Zudem entwickelte sich die WPS-Agenda zusammen mit der internationalen Sicherheitspolitik weg von Gewalt im Sinne «klassischer» Kriege zwischen zwei Staaten oder bürgerkriegsähnlichen Konflikten und hin zur Terrorismusbekämpfung. Die Folgeresolution 2242 des UN-Sicherheitsrates untermauert diese Tendenz.

Terrorbekämpfung durch die WPS-Resolution 2242

Die Welt hat sich, wie auch Bundesrat Burkhalter in seiner Rede feststellte, rasant verändert. Neue weltpolitische Verwerfungen, neue sicherheitspolitische Herausforderungen und 9/11 haben die Entwicklung von Sicherheitsstrategien, Überwachungssystemen und Kriegstechnologien stark beschleunigt. Gender-Mainstreaming allein kann in diesem Gefüge wenig friedensfördernde Wirkung entfalten. Dennoch ist die Mehrheit der Frauenrechtsorganisationen und GenderexpertInnen überzeugt, dass es auch unter den neuen Voraussetzungen wichtig ist, Gender-Mainstreaming in allen Strategien zur Verhinderung von Radikalisierung, Extremismus und terroristischer Gewalt zu verankern. So erstaunte es kaum, dass 2015 die Resolution 2242[8] mit grossem Applaus in die WPS-Agenda aufgenommen wurde (siehe Kasten).

Internationale Frauen(rechts)organisationen und ExpertInnen haben dieser Resolution zugestimmt, um Zugang zu den strategischen Diskussionen zu erhalten und die Sicherheitspolitiken der Mitgliedstaaten aus der Frauenrechtsoptik beeinflussen zu können. Zudem erhofften sie sich neue Finanzquellen. Denn die Mittel der WPS-Agenda beginnen auszugehen, gerade kleinere Organisationen kämpfen ums Überleben. In einem von der Autorin und Nina Hössli geführten Interview erläuterte eine Projektleiterin aus Bosnien und Herzegowina,[9] die seit dem Krieg psychosoziale Unterstützung für kriegstraumatisierte Frauen leistet, mit Blick auf die neuen Finanzierungsmöglichkeiten, dass sie die bisherigen

Die WPS-Resolution 2242 des UN-Sicherheitsrates (UNSCR 2242)

Insbesondere was Gesundheit, Bildung und Teilnahme am öffentlichen Leben betrifft, verletzt Terrorismus die Menschenrechte der Frauen anders als die der Männer. Auch werden Frauen oft direkt zur Zielscheibe terroristischer Attacken gemacht. Angesichts dieser Tatsache hat der UN-Sicherheitsrat 2015 eine zusätzliche Resolution zur WPS-Agenda verabschiedet. Im Zentrum steht die Prävention von und der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die als Element terroristischer Taktiken eingesetzt wird. Die Resolution ruft alle Mitgliedstaaten dazu auf, einerseits die Aktionspläne von WPS besser auf Terrorismusbekämpfung abzustimmen und andererseits die Programme zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus gendersensitiv zu gestalten. Das Counter-Terrorism Committee (CTC) und das Counter-Terrorism Committee Executive Directorate (CTED) sind zudem aufgefordert, Gender als Querschnittsthema in alle Aktivitäten innerhalb ihrer Mandate zu integrieren. Ebenso sollen genderspezifische Analysen zur Radikalisierung von Frauen und zur Wirkung von Gegenstrategien auf Frauenorganisationen durchgeführt werden, mit dem Ziel, entsprechende Programme zu entwickeln. Frauen sollen bei der Ausarbeitung solcher Programme und bei der Entwicklung von Strategien zur Früherkennung von Radikalisierung aktiv einbezogen werden. Die UNO empfiehlt die Integration von Gender-Mainstreaming und Empowerment von Frauen bei Projektfinanzierungen im Bereich Counter-Terrorismus und Terrorismusprävention. Wo nötig, sollen auch spezifische, direkt an die Frauen gerichtete Projekte finanziert werden.

Aktivitäten lediglich neu beschreiben würden: «Wir tun alles wie bisher. Wir hören gewaltbetroffenen Frauen zu, gewähren ihnen Schutz, betreuen sie medizinisch und verschaffen ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt.» Doch während das Programm früher unter «Schutz, Prävention und Sicherheit» lief, ist es heute eine genderbewusste Strategie zur Vorbeugung von Radikalisierung und extremer Gewalt.

Der Einbezug der Frauen in die Terrorismusprävention mag vorerst gut klingen. Doch warum, fragt man sich aus feministisch-friedenspolitischer Sicht, bekommt gerade dieser Aspekt so viel Gewicht? Die neue Resolution des Sicherheitsrates war ein wichtiger Schritt, um das Genderbewusstsein in die Strategien von PVE/CVE einzubinden, nicht nur in Bezug auf die Auswirkungen von Gewalt auf Frauen, sondern auch bezüglich der Rolle, welche Frauen in der Bekämpfung von Terrorismus spielen können. Doch mit dieser Integration des Gender-Mainstreamings in die Antiterrorstrategien stellen sich neue Fragen, gerade auch weil der Begriff «Terrorismus» bis heute nicht allgemein verbindlich definiert wurde. Vorsätzlich diffus gehalten, lässt er viel Spielraum für unterschiedliche Interpretationen von Entscheidungsträgern, die versuchen, ihre Interessen ohne Legitimationsdruck durchzusetzen.

«Frau und Islam» – der Versuch einer kritischen Analyse

Die Umsetzung der WPS-Agenda in den letzten fünfzehn Jahren hat gezeigt, dass es heute offensichtlich zum guten Ton gehört, ab und zu die Genderthematik aufzugreifen. Was genau aber damit beabsichtig bzw. ermöglicht wird, ist auf Anhieb nicht zu erkennen.

Fionnula Ní Aoláin, Professorin für Transitionsjustiz an der Universität von Belfast, schreibt, dass die Begriffe «Terrorismus» und «Terrorismusbekämpfung» methodische und konzeptuelle Probleme aufwerfen. Heute sei der Begriff «Terrorismus» in staatlichen Debatten allgegenwärtig und beschreibe Menschen, deren Aktionen und Ansichten den Staat missbilligen oder unter Anwendung von Gewalt politische Ziele und Ideologien voranzubringen versuchen. Ní Aoláin stellt weiter fest: «The space between legitimate freedoms of speech and association on the one side in relationship to terrorism practice on the other has narrowed.»[10] Auf diese Verschiebungen wurde mit der Resolution 2242, der vorläufig letzten Resolution in der WPS Agenda, reagiert. Offen bleibt aber die Frage nach den Folgen für Frauenrechte und Frauen ganz allgemein, sei es als Rechtssubjekte, als Hausfrauen, Mütter, Arbeiterinnen oder als «Dschihadistinnen». Denn federführend bei der Umsetzung der Resolution 2242 sind nicht etwa die mit der WPS-Agenda vertrauten Frauenorganisationen, Fachpersonen oder FriedenspolitikerInnen. Es sind vor allem die Vetomächte des UN-Sicherheitsrates, welche über die Nützlichkeit eines Genderansatzes entschieden. Verantwortlich und entscheidungsmächtig ist das Counter-Terrorism Committee (CTC)[11] des UN-Sicherheitsrates, dessen Gendersensibilität bezweifelt werden muss. Wenn die Ziele der WPS-Agenda tatsächlich ernst genommen würden, müssten bei allen CTC-Entscheiden und -Resolutionen GenderexpertInnen gut vertreten sein und Einfluss nehmen können. In der Realität aber warten sie in den Nebenräumen der UNO, bis man sie ruft, und stellen Bausteine ihres Wissens wohlwollend für die dominante Sicherheitsarchitektur zur Verfügung. Wo und wozu das Wissen eingesetzt wird bzw. wie stark es zerstückelt und entfremdet wird, ist nicht voraussehbar.

Bei kritischer Lesung zeigt sich, dass die Resolution einen grossen Interpretationsspielraum schafft, der postkolonialen Zuschreibungen von Frauenrollen in der Terrorismusbekämpfung Vorschub leistet sowie interessengeleitete Interventionen ermöglicht.

Jayne Huckerby, eine der ersten Kritikerinnen der Resolution 2242, hat die Auswirkungen der neuen Sicherheitsstrategien von PVE/CVE auf Geschlechterrollen studiert.[12] Sie untersucht die Verwendung der Stereotype «Frauen» und «Islam» und die Überhöhung der Religion als kulturelle Trennlinie. In der Darstellung von bewaffneten Dschihadistinnen in Militäruniform in den Bergen erkennt sie – ganz anders als bei rechtsextremen und anders radikalisierten Frauen – sozusagen als Ausnahme der Regel eine Projektionsfläche, die spiegelverkehrt die Betonung des postkolonialen Genderdiskurses zu «Frau und Islam»

untermauert. Denn die Darstellung exotisiert diese Frauen als einsame Heldinnen, macht sie zu Aussenseiterinnen, welche sich aufgrund ihrer Biografie aus ihren sozialen Netzen ausklinken, da sie den stereotypen geschlechterspezifischen Rollen im Islam nicht mehr entsprechen können oder wollen.

Die bis anhin erfolgreich bewirtschafteten Bilder der Geschlechterrollen im Islam bieten so ein ideales Reservoir von ethnografischen Versatzstücken zur Untermauerung nützlicher Klischees. Einmal mehr werden Frauen in die Rolle der Unterdrückten gedrängt und scheinbar unhinterfragt mit dem medial bewirtschafteten Narrativ über das islamische Patriarchat verknüpft. Stereotype werden (re)etabliert und Darstellungen wiederbelebt, welche die protektionistisch-imperialistische Haltung gegenüber Frauen in muslimischen Kontexten bestätigt. Das bietet konservativen PolitikerInnen im Westen die Gelegenheit, sich für die Befreiung der unterdrückten Frauen einzusetzen, ohne gleichzeitig zu gleichstellungspolitischen Fragen im eigenen Land Stellung nehmen zu müssen.

Das Maskulinitätsparadigma des CTC wirkt auch dort, wo Frauen besondere Rollen zugewiesen werden: Neu wird die Mutter als «Frühwarnsystem» eingesetzt. Die Strategie wird auch «mothering» genannt. Frauen, die in der Nähe von terrorverdächtigen Zusammenhängen verortet werden, werden in ihrer Rolle als Mutter oder Schwester angesprochen und als besonders einfühlsam beschrieben. Diese «positive» Darstellung soll sie ermutigen, ihre Söhne und ihr Umfeld zu beobachten, zu überwachen und Verdächtiges zu melden. Durch die überhöhte Wertschätzung von Mütterlichkeit lässt sich das Kontroll- und Überwachungssystem also in die alltäglichsten und privaten Sphären einbetten. Damit wird gleichzeitig die stereotype Beschreibung von muslimischen Frauen zementiert.

Diese Diskurse sind nicht nur medial wirkungsvoll, sie legitimieren Ausschlussmechanismen, welche involvierte Gruppen, Frauen, Männer, BürgerInnen bestimmter Stadtteile, LokalpolitikerInnen und Sozialarbeitende zu spüren bekommen. Auch Jayne Huckerby versäumt es in ihrer Analyse, die einzelnen Kritikpunkte im breiteren Rahmen dominanter, internationaler Machtpolitik zu verorten. Aus feministischer Perspektive drängt es sich geradezu auf, diese Zuschreibungen als Diskriminierungsmechanismen zu analysieren. Denn sie zeigen, wie Machtstrukturen sich in den Geschlechterverhältnissen niederschlagen und die Ungleichheiten von Frauen und Männern fortschreiben. Es braucht eine stark positionierte feministische Forschung, die über Fallgeschichten hinaus auch kontextualisierte Fragen stellt.

Feministische Neugier

Ní Aoláin bezieht ihre Kritik am Gender-Mainstreaming in PVE/CVE auf das hegemoniale Konzept von Sicherheit und dessen institutionelle Verankerung in staatlichen Strukturen wie der Rechtssetzung und Rechtsprechung. Sie fragt,

welche ausgrenzenden Wirkungen solche Resolutionen auf den Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Geld oder zur Justiz haben können.

> «If feminist theorizing is, on Joan Scott's account, ‹a primary way of signifying relationships of power›, how might feminists apply a power analysis to the ever-expanding field we call ‹terrorism›? Might we, in Cynthia Enloe's terms, display a feminist curiosity about the definition of terrorism? Might we want to move out of an analysis that merely marks women as objects of protective attention in terrorism discourses, or subjects of prurient interest when they are violent and presumed aberrational?»[13]

Aus feministischer Perspektive gilt es also zu fragen, wie der Begriff Terrorismus heute gefüllt ist, und darüber nachzudenken, wer die Definitionsmacht über die Zuschreibung «Terrorist» hat.

Die WPS-Resolution 2242 dient in erster Linie den übergeordneten Interessen des CTC bzw. dessen machttragenden Mitgliedern. Die WPS-Resolution 1325 verlangte einst, dass Frauen gleichberechtigt teilnehmen, anstatt bloss als Opfer von Gewalt zu figurieren. In der Debatte um die Resolution 2242 kommen Frauen zwar vor, jedoch nicht als aktiv Debattierende, sondern als Mutter, Ehefrau, als Opfer von Gewalt und Menschenhandel oder als spektakulär und exotisch dargestellte Terroristinnen. Das CTC nutzt solche Frauenbilder, um die «weiche Überwachung»[14] zu verfeinern. Die Geschlechterkategorie wird damit zu einem Poker in den Antiterrorprogrammen: Die Programme schmücken sich mit der Unterstützung von Frauenorganisationen, doch die Organisationen werden ausgeschlossen, wenn über strategische Aspekte diskutiert wird oder wegweisende Entscheide zu fällen sind.

Doch warum ist es so einfach, die Logik der WPS-Agenda zu instrumentalisieren, sie in Versatzstücke zu zerlegen und den Diskurs der Sicherheitsstrategen mit einzelnen Versatzstücken in ein Gender-Kostüm zu werfen? Wie ich an anderer Stelle erläutert habe,[15] zeigte sich bereits kurz nach dem Jahr 2000, welche Folgen die schleichende Vereinnahmung des Genderdiskurses durch die neoliberal geprägte Entwicklungs- und Sicherheitspolitik hat. Geschlechterverhältnisse wurden durch WPS auf numerische Erhebungen reduziert. Gezählt werden für die offiziellen Monitoring-Berichte die Beteiligung von Frauen an Friedensgesprächen, die Anzahl weiblicher Sicherheitskräfte, die Fälle genderspezifischer Gewalt in Konflikten oder die Anzahl der uniformierten Täterinnen.

Zusätzlich werden die Frauen nun auch als wichtige Informantinnen und «Frühwarnsysteme» in die Antiterrorpolitik eingebunden. Doch ihre Lebenssituation findet in den Leistungsverträgen der Überwachungs- und Kontrollinstanzen im Kampf gegen den Terrorismus keine Beachtung. Es ist nicht das Ziel solcher «Mothering»-Initiativen, den Frauen im Alltag zu helfen. Ihr Einsatz folgt weiterhin einer Kosten-Nutzen-Logik, die sich lediglich für die Zahl ver-

meintlich vereitelter Anschläge interessiert. Diese Vereinnahmung kann gravierende Auswirkungen auf die Sicherheit der Frauen haben. Denn für sie haben ihre alltäglichen Kontexte und Beziehungen lebenswichtige Bedeutung, und der Einsatz in der Terrorabwehr betrifft sie als soziale Subjekte mit komplexen – von den «Mothering»-Initiativen unberücksichtigten – Identitäten und Biografien.

Auswirkungen auf Frauen

Oft hoffen Frauen, dass sie ihre Söhne schützen können und diese mildere Strafen erhalten, wenn sie Informationen weitergeben. Dabei kann die Kollaboration ihre Sicherheit massiv gefährden. Sie kann zum Ausschluss aus der Gemeinschaft führen oder die Gemeinschaft zerstören. Auf solche Folgen sind die Behörden kaum vorbereitet. Wenn, dann sind es die kleinen lokalen NGOs, die in den «Problemvierteln» in Belgien, Frankreich, Dänemark und mit wenig Geld Frauenprojekte umsetzen, die die Folgen dieser Taktik der «weichen Infiltration» auffangen. Es gibt Engagierte in der Gemeinwesenarbeit, die Raum bieten für Austausch, für Unzufriedene oder Ratsuchende. Doch ihnen fehlt es oft an Geldmitteln und Zeit, denn solche niederschwelligen Quartierinstitutionen sind als Erste von Budgetkürzungen betroffen. Ihre Arbeit und ihre Erfolge sind schwer in Zahlen zu messen. Deshalb wird solche Gemeinwesenarbeit vielerorts abgebaut, während gleichzeitig in die Überwachung investiert wird.

Die Erfahrungen der kritischen und offenen Gemeinwesenarbeit, ihr Wissen über die Lebensbedingungen unter Verdacht stehender Menschen und vor allem über die involvierten Frauen wird von den Sicherheitskräften nicht umfassend abgefragt und analysiert. Dies erstaunt wenig, denn die militarisierte Logik der Versicherheitlichung ziviler Lebensbereiche und Investitionen in teure und komplexe Überwachung verengt den Blick.

Sozioökonomische Entwicklungen und zunehmende Prekarisierung werden im Einzelfall herbeigezogen, um die Radikalisierung zu erklären. Doch es wird dabei kein Bezug zu den volkswirtschaftlichen Verschiebungen, etwa zu den Leistungskürzungen bei sozialen Einrichtungen, gemacht.

Interessant wiederum ist, dass gewisse Bereiche der Sozialen Arbeit von einer Eingliederung in die staatliche Sicherheitspolitik durchaus profitieren. Das betrifft insbesondere die Soziale Arbeit in den Gefängnissen, die Bewährungshilfe und die Reintegration. Diese zusätzlichen Gelder fliessen aber nicht in die Entlastung von Frauen, sondern in männerspezifische Programme unterschiedlicher Art.[16]

Die Gender-Brille öffnet den Blick auf solche Verschiebungen und sucht nach den Folgen, im Alltag der Menschen, im Verständnis der Gemeinwesenarbeit oder in der Beschreibung von Berufsfeldern. Denn alle diese Verschiebungen schlagen sich diskursiv wie finanziell in den Ebenen des Alltags nieder.

Blick in die Schweiz

Auch in der Schweiz gilt es genau hinzuschauen, mit welchen Massnahmen die Strategien des Antiterrorismus umgesetzt werden. Viele Organisationen, die sich in den sozialen, sogenannt weichen und als aufwendig und teuer beschriebenen Bereichen für bessere Lebensbedingungen von marginalisierten Menschen engagieren, verlieren den Anschluss an die neuen Finanzierungsmechanismen WPS, wenn sie nicht auf Risikobekämpfung – sprich Terrorabwehr – setzen. Projektgelder für Initiativen, die sich nicht entlang solcher Risikofelder einordnen lassen, die keine schnellen Resultate erzeugen oder sich der sicherheitspolitischen Logik entziehen, werden immer seltener bewilligt.[17] Davon sind Frauenorganisationen besonders betroffen, die sich in der Regel in von der Sicherheitslogik als «risikoarm» bezeichneten Bereichen bewegen.

Es ist also höchste Zeit für eine Studie, welche auch die Schweizer Sicherheitspolitik und deren Finanzierungsarchitektur aus feministischer Sicht unter die Lupe nimmt. Denn volkswirtschaftliche Entscheide haben immer auch Einfluss auf Frauenrechte und Gendergerechtigkeit. Genau dies wäre die Kernaufgabe eines Gender-Mainstreaming, das seinen Namen auch verdient.

Anmerkungen

1 Burkhalter, Didier, 2015: From good norms to good practice: Switzerland's commitment to advancing the participation and protection of women in peace and security. www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/departementsvorsteherdidierburkhalter/reden.html/content/eda/de/meta/speeches/2015/9/9/58630 (Abfrage: 24.9.2017).

2 PVE steht für Prevention of Violent Extremism; CVE für Combating Violent Extremism.

3 Die Agenda «Women, Peace, Security» wurde erstmals mit der Resolution 1325 verbrieft. Ihr folgten 2015 verschiedene sogenannte Nachfolgeresolutionen, die letzte, die Resolution 2242, zur Rolle der Frauen in der Terrorismusbekämpfung. Verschiedene Unterlagen zur Agenda finden sich unter: www.unwomen.org/en/what-we-do/peace-and-security (Abfrage: 24.9.2017).

4 Diesbezügliche Links und Erläuterungen und zum Schweizerischen Nationalen Aktionsplan in: Diack, Sarah / Müller, Franziska / Hohl, Agnes / Sahling, Meike / Sancar, Annemarie (Hg.), 2016: Frauen, Frieden, Sicherheit – reloaded. Zivilgesellschaftlicher Alternativbericht zum Nationalen Aktionsplan 1325 aus der Genderperspektive. Bern.

5 Gender-Mainstreaming ist eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, die die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern auf allen gesellschaftlichen Ebenen berücksichtigt.

6 UN Women, 2015: Preventing Conflict. Transforming, Justice, Securing the Peace. peacewomen.org/sites/default/files/UNW-GLOBAL-STUDY-1325-2015%20(1).pdf (Abfrage: 24.9.2017).

7 Ebd.

8 Resolutionstext: unscr.com/en/resolutions/doc/2242 (Abfrage: 24.9.2017).

9 Siehe Beitrag Hössli in diesem Heft. Weitere Details über die Arbeit im Bereich WPS in Bosnien und Herzegowina finden sich in: Diack, Sarah u. a. (Anm. 4), 37–41.

10 Ní Aoláin, Fionnula, 2016: Feminism Assessing Terrorism (or How to Slay a New Dragon). www.justsecurity.org/29907/feminism-assessing-terrorism-or-slay-dragon (Abfrage: 24.9.2017).

11 Security Council Counter-Terrorism Committee: www.un.org/sc/ctc (Abfrage: 24.9.2017).

12 Huckerby, Jayne, 2015: Gender, Violent Extremism, and Countering Violent Extremism. www.justsecurity.org/20620/gender-violent-extremism-countering-violent-extremism-cve (Abfrage: 24.9.2017).

13 Anm. 10.

14 Die Rede ist auch von einer «Counter-Insurgency»-Strategie. Zu den Kritiken an den «Female Engagement Teams» (FET) der US-Armee, welche als «Soft Weapon» extra für die Kriegsführung in Afghanistan entwickelt und auch eingesetzt wurden, siehe auch: Cook, Gabrielle, 2015: Counterinsurgency and Female Engagement Teams in the War in Afghanistan. www.e-ir.info/2015/08/16/counterinsurgency-and-female-engagement-teams-in-the-war-in-afghanistan (Abfrage: 24.9.2017).

15 Sancar, Annemarie, 2017: Kritik an der Managementlogik der Friedensförderung. In: Neue Wege, Juli/August, 15–17.

16 Siehe dazu die Studie zu den ökonomischen Verschiebungen seit 9/11 im Rahmen der Terrorismusbekämpfung: Duke Law International Human Rights Clinic / Women Peacemakers Program, 2017: Tightening the Purse Strings: What Countering Terrorism Financing Costs Gender Equality and Security. www.womenpeacemakersprogram.org/assets/CMS/Reports/TTPS-DUKE-FINAL-PRINT-AP-WEB.pdf (Abfrage: 24.9.2017).

17 Ebd.

WIDERSPRUCH

unser Newsletter viermal im Jahr

➔ widerspruch.ch/newsletter